

Die Besteuerung des Kapitals und die sozial-ökonomischen Infrastrukturen als Schlüssel einer Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation

Müller, Horst

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Müller, H. (2018). Die Besteuerung des Kapitals und die sozial-ökonomischen Infrastrukturen als Schlüssel einer Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 38(150), 53-68. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-77025-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Horst Müller

Die Besteuerung des Kapitals und die sozial-ökonomischen Infrastrukturen als Schlüssel einer Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation

Vorbemerkungen

Die Zeitschrift *Widersprüche* hat sich einer kritisch-konstruktiven Theorie und Politik des Sozialen im Hinblick auf eine alternative gesellschaftliche Praxis verschrieben. Die Schlüsselfrage in diesem Zusammenhang ist freilich, wie denn ein solches Konzept über die immer wieder nötigen kurativen oder eher defensiven Initiativen und Auseinandersetzungen in einer kapitalistischen Gesellschaft hinausführen könnte.

Überblickt man die kritischen und um Alternativen ringenden Ansätze, so wird man bei aller Rührigkeit feststellen müssen, dass der Problemknoten nicht gelöst ist: Grüner Kapitalismus ist offenkundig eine Illusion, und den weiter drängenden Postwachstumsbewegungen mangelt es an politisch-ökonomischer Fundierung. Deren Experten verbohren sich vor allem in negatorische Kritik, und die mit Blick auf historische Vorläufer (Polanyi 1997) so oder so anvisierte „Transformation“ ist noch ohne wirklich konkreten Zielinhalt.

Ich kann hier nicht ausführen, inwiefern dahinter Fragen einer Krise und Erneuerung des Marxismus stehen, die seit gut einhundert Jahren anhängig, nicht wirklich beantwortet und so auch für immer neue Niederlagen der gesellschaftlichen Linken mitverantwortlich sind. Der Stand der Dinge ist jedenfalls so, dass ohne eine Neuordnung des theoretischen Feldes und echte „Fortentwicklung“ (Bloch 1978: 196) gewohnter Denkansätze auch kein wirkliches Fortkommen möglich ist.

Aus dieser Sicht kommt es darauf an, eine Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation politisch-ökonomisch tiefergehend zu fundieren und im gesellschaftlich-geschichtlichen Gesamtzusammenhang zu begreifen. Ich hoffe, im nötigen schrittweisen Fortgang der Argumentation zu zeigen, dass eben das zu

einer Praxis führen kann, die der aus dem Zerfall der alten Ordnung genährten Rechten eine konkreter fassbare, positive Alternative entgegensetzt.

1. Die sozialwirtschaftlichen Dienste und der Sozialkapitalismus

1.1 Zur ökonomischen Form der gesellschaftlichen Infrastrukturen

Ein weiterführender Ansatz liegt im Grundgedanken einer Sozialpolitik, die das Fundament des Sozialen in einer „Sozialen Infrastruktur“ erkennt und auf deren Entfaltung orientiert (Hirsch 2013; Mattert 2017). Was ist darunter aber genauer zu verstehen, und wie wäre die letztlich nötige massive Investition in solche „Infrastruktur“ zu finanzieren? Ein Rückgriff auf keynesianische Konzepte ist am Ende kein Schritt nach vorne. Oder soll die heute bereits hoch riskante Staatsverschuldung noch weitergetrieben werden?

In diesen Tagen ist ein bemerkenswertes Werk erschienen (van Laak 2018), das sich vor allem auf die enorme Bedeutung der „materiellen“ Infrastrukturen des Verkehrs, der Kommunikation und der Ver- und Entsorgung konzentriert. In der Beispielführung wird immer wieder auch die sonstige soziale Infrastruktur angesprochen. Das Ganze verweist mehr auf Ambivalenzen als die hier im Folgenden gezogenen Konsequenzen:

Die weiterführende Perspektive liegt in einer eingehenden politisch-ökonomischen Analytik zur Rolle der gesellschaftlichen Infrastrukturen, die theoriegeschichtlich vorbereitet ist. So verweist beispielsweise O'Connor (1974: 125 ff.) auf „das Anwachsen der Investitionen in konstantes Sozialkapital“ und entsprechende Finanzprobleme des Staates. Die Konsequenz von alledem sehe ich so:

Die materiellen, sozialen und informatischen, ökologischen und überhaupt gesellschaftlichen Infrastrukturen stellen eine im Verhältnis zur industriewirtschaftlichen Warenproduktion andere, komplementäre „ökonomische Form“ (Marx) dar. Sie sind insofern nicht einfach beispielhaft, etwa dinglich oder im Hinblick auf einen Subjekt- oder Sorgebezug fassbar. Und ihre Instituierung als solche ist wesentlich eine Frage gesellschaftlicher Entscheidungen.

Der von mir eingeführte Begriff „sozialwirtschaftliche Dienste“ bezieht sich auf einen umfassenden Begriff jener Infrastrukturen als eigene ökonomische Formbildung. So gesehen oder aus der Perspektive der „Infrastruktur-Gesellschaft“ (van Laak: 278) ist es also heute nur die halbe Wahrheit, dass „der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht“, als „eine ungeheure Warensammlung“ erscheint (MEW 23: 49).

Die Praxis jener Dienste bildet vielmehr die Grundlage oder das zivilisatorische Gehäuse der modernen Gesellschaftlichkeit *und ihrer ganzen sonstigen Ökonomie*.

Man kann also nicht mehr einfach vom klassischen industriekapitalistischen Reproduktionsszenario ausgehen. Mit der doppelt dimensionierten Reproduktionsstruktur geht auch unabdingbar die zentrale, vermittelnde Rolle des modernen Steuer-, Rechts- und Sozialstaats einher. Das alles stellt im Grunde ein höheres Niveau realer Vergesellschaftung dar:

Es bietet sich das Bild einer „dreigliedrigen“ Reproduktionsformierung als elementare Konfiguration moderner Wirtschaftsgesellschaften. Deren Staatlichkeit hat sich als durchdringende, föderale und subsidiäre Strukturierung von den höchsten Institutionen bis auf die Ebene der kommunal verfassten und sozusagen regierten urbanen Praxis ausgefaltet. Der „lokale Staat“ (Hentschel 2017) bildet so auch die Basis und den Raum für die Entfaltung des individuellen, zivilen und eines möglichen demokratischen Lebens vor Ort.

1.2 Der Sozialkapitalismus und die formationelle Widersprüchlichkeit

Diese Neuordnung der Verhältnisse hat sich erst im Fortgang des 20. Jahrhunderts eingestellt. Marx konnte davon nichts wissen, hat aber gleichwohl, aufgrund des intrinsischen Akkumulations- und Wachstumswangs der Kapitalwirtschaft, die letztendliche Herausbildung des Weltmarkts antizipiert. Worin besteht aber der Formwandel im historischen Raum nach dem Industriekapitalismus und bis zur heutigen Weltökonomie?

Die Theorien eines sozial- oder wohlfahrtsstaatlichen „demokratischen Kapitalismus“ (Streeck 2015) oder einer fordistischen Periode sowie eines Monopol-, Spät- oder neoliberalen Finanzkapitalismus bilden jene dreigliedrige, national-ökonomisch grundierte Formierung moderner Industrie- und Infrastrukturgeellschaften nicht ab. Wie diese mit den Verhältnissen des „Weltmarkts“ (MEW 42: 95) oder kapitalistischen „Weltsystems“ (Wallerstein 2002: 17) verbunden sind und was sich in dieser Dimension abspielt, wirft wiederum weitergehende Fragen auf.

Ich habe für die elementare Formierung moderner Wirtschaftsgesellschaften den Begriff „Sozialkapitalismus“ gewählt und eigens spezifiziert: 150 Jahre nach und ganz im Sinne von Marx ist davon auszugehen, dass die in der kapitalistischen Wachstums- und „Ungleichheitsspirale“ (Piketty 2014: 627; vgl. MEW 42: 520) entwickelten Produktiv- und Formierungskräfte im 21. Jahrhundert ausreichen, um eine entsprechende sozial-ökonomische Politik-Alternative ins Feld zu führen.

Um diese Ansicht zu präzisieren, kann an ein heutzutage zumeist unterschlagenes, aber einschlagendes Statement erinnert werden: „Es ist zu bedenken, dass die neuen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse sich nicht aus *Nichts*

entwickeln noch aus der Luft, noch aus dem Schoß der sich selbst setzenden Idee; sondern *innerhalb und gegensätzlich* (Hervorhebung – H. M.) gegen vorhandne Entwicklung der Produktion und überlieferte, traditionelle Eigentumsverhältnisse“ (MEW 42: 203).

Ein praxisanalytischer Begriff für diese reale Anlage eines Neuen ist „Latenz“ (Müller 2018b). Wir haben also mit einer zwei- oder mehrdimensionalen, „widersprüchlichen“ Realität zu tun, indem sich „im Schoße“ des Gegebenen bereits eine Alterität oder Alternative kristallisiert.¹ Konsequenterweise muss jetzt auch von einer „formationellen“ Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Praxis ausgegangen werden.²

1.3 Eine positive Perspektive in der Krisen- und Übergangsperiode

Marx hat im Hinblick auf die Herausbildung des Weltmarkts und sich innerlich bereits kristallisierende neue Verhältnisse von der Eröffnung eines gesellschaftsgeschichtlichen „Übergangs“ gesprochen, in der buchstäblich „alle“ Widersprüche der Sozialformierung akut werden (MEW 42: 154).³ Diese Entwicklung erlebten wir – nachdem das Sowjetreich zusammengebrochen ist und China sich reformiert und zur Weltökonomie geöffnet hat – als neoliberale Globalisierung.

Offenkundig ist die Instabilität und Chaotisierung der Weltzustände, sind die multiplen Krisenerscheinungen wie auch die allenthalben rührigen Alternativstrebungen ein Reflex der gesellschaftsgeschichtlichen Übergangssituation und auch des „foreshadowing der Zukunft“ (MEW 42: 373) oder Vorscheins des Neuen. Dieses ist anhängig, aber eben noch nicht wirklich begriffen: Der Zusammenbruch der staatsplanwirtschaftlichen Experimente hat dieses Noch-Nicht katastrophisch zum Ausdruck gebracht.

-
- 1 „Gibt es also einen impliziten Sozialismus im Kapitalismus“, der nicht als „irreale Alternative“, sondern als darin als „integraler Faktor“ zu verstehen ist, fragt ein Kommentator ahnungsvoll (Andreas Zielcke im SZ/Feuilleton S. 13, am 9. Oktober 2018).
 - 2 „Widersprüchlichkeit“ ist ein konstitutiver Grundzug der Wirklichkeit und Grundbegriff einer dialektischen Praxisanalytik. Im eindimensionalen, liberalistischen und praktizistischen, teils bereits idiotisierten Wirtschaftsdenken liegt derartiges, wie die Dialektik und überhaupt die „konkrete Utopie“, völlig außerhalb der Denkbareit.
 - 3 Marx hat immer auf eine gesellschaftliche Alternative orientiert. Das Kapitalwerk war ein *zunächst* notwendiger Grundschrift auf diesem Weg und erhielt so den Titel „*Kritik der politischen Ökonomie*“. Schon darin geht es aber immer wieder schon um Fragen eines „Übergangs“ und des Wohin.

Gerade deswegen ist aber das Bewusstsein, nicht nur auf Abgründe zuzurasen, sondern in einer mit neuen Möglichkeiten und einer andrängenden Systemalternative schwanger gehenden Übergangs- und Entscheidungszeit (Wallerstein 2002: 43 ff.) angekommen zu sein, von grundlegender Bedeutung. Es handelt es sich um die Strecke einer ganzen historischen Periode. Dass dabei weiterhin ein Absturz der zivilisierten Menschheit möglich ist, verstärkt noch die Notwendigkeit der Wende. Wie kann man da weiterkommen?

2. Eine Wert-, Reproduktions- und Transformationsanalytik

2.1 Grundlegende Erkenntnisse der Kritik der politischen Ökonomie

Der Schwierigkeitsgrad der aufgeworfenen Fragen kann nicht verleugnet oder rücksichtsvoll übergangen werden. Es stellen sich im Grunde sogar noch viel weitergehende, kollektiv zu bearbeitende Forschungsaufgaben, als hier angedeutet werden kann. Aber so viel scheint gut 150 Jahre nach Marx klar: Der Weg führt nicht an der Kapitaltheorie vorbei und dadurch auf das Feld unzureichend grundlegender Wirtschafts- und Weltverbesserungsideen.

Es ist unumgänglich, die überkommenen „Reproduktionsschemata“ zu überschreiten, das heute maßgebliche Reproduktionsszenario zu modellieren und daran mit einer Wert-, Reproduktions- und Transformationsanalytik neu anzusetzen. Dabei bestätigen sich zunächst grundlegende Erkenntnisse der „Kritik der politischen Ökonomie“, welche die Natur des ökonomischen Werts, die ökonomischen Formbildungen und die Tendenzen der Kapitalwirtschaft sowie damit verbundene Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse betreffen.⁴

Von zentralster Bedeutung fürs Ganze ist das Verwertungskalkül dieser Ökonomie. Es impliziert den unaufhebbaren, ständig neu einsetzenden Zwang und Trieb zu Rationalisierung, Akkumulation, Wachstum und Expansion, eingeschlossen ständige Produktivitätssteigerungen, die Einspannung gesellschaftlicher Arbeit ins Joch oder auch deren Ausspannung, immer neue Pressionen auf Löhne, Sozialversorgung und Renten sowie die Vernutzung oder Zerstörung der Naturgrundlagen des Lebens.

Solche Naturgrundlagen bilden eine an sich ohne ökonomischen Wert vorausliegende und so gerne einverleibte *ökologische Infrastruktur*: Deren Schutz, Regenerierung oder Verbesserung ist heute als eminenten Aufgabenbereich sozi-

-
- 4 Das Ganze impliziert eine Renaissance der marxischen Konzeption des ökonomischen Werts, exakt von da aus auch eine nötige Fundamental- und Praxiskritik an den herrschenden Paradigmen.

alwirtschaftlicher Dienste zu fassen, der exorbitant wachsende Mittel benötigte: „Vom Markt“ werden diese sicher nicht bereit gestellt. Schließlich werden ohne die hier erforderliche Kehre überhaupt neue Verhältnisse zwischen Mensch und Natur (Schmied-Kowarzik 2018) nicht erreichbar sein.

Die realen sozial-ökologischen Auswirkungen und Kostenbelastungen durch das kapitalistische Wirtschaftsgetriebe verweisen darauf, dass es sich um Systemprobleme handelt, die so nicht vernünftig regulierbar sind. Wollte man der Wirtschaft, beispielsweise der Automobilindustrie, ihre externalisierten Kosten unmittelbar aufbürden, so würden an Stelle der heute deutlichen Wachstumsschwächen und der säkularen Tendenz zu schwindenden Verwertungsmöglichkeiten sofortige Zusammenbrüche treten.

Eine bloße Politik der sozial-ökologischen Konversion und irgendwie gerechten Verteilung wird auf jedem einmal erreichten Niveau wieder überholt werden durch immer neue Problem- und Krisenproduktionen einer Wirtschaftsweise, die keiner praktischen Vernunft gehorcht. Aber selbst wenn die Mehrheit das inzwischen spürt oder halbwegs begriffen hat: Nur eine erkennbare und so weit vertrauenswürdige Alternative kann aus der Malaise herausführen.

2.2 Eine neu ansetzende Wert- und Reproduktionsanalytik

Die Frage nach der Alternative verweist auf eminente Fragen des gesellschaftlichen Wertehaushalts und der ganzen Reproduktionsformierung. Hier führen genauere Nachfragen auf die Spur einer verhängnisvollen Fehlorientierung, die auch noch für die heutigen Wirtschaftswissenschaften und Sozialproduktrechnungen gilt: Bereits Marx war auf „Smith's Fehler“ oder Dogma gestoßen (MEW 26.1: 69 ff.), wonach sich „der ganze Wert des gesellschaftlichen Produkts“ in Einkommen auflöst.

Diese grundfalsche Sichtweise beruht auf der Verkennung der Form und Funktion des „konstanten Kapitals“ im Wertehaushalt der Gesellschaft. „Die Kreislaufstatistiker lassen das konstante Kapital weg, weil es in der Stufenfolge der Gesamtwirtschaft verrechnet werden könnte“ (Fiehler 2000: 204). Durch diese Operation scheint sich der produzierte Gesamtwert in Einkommen aufzulösen, „sein Kapitalcharakter – erst des konstanten, dann des variablen Kapitals – ist verschwunden (Krüger 2012: 127; Müller, Eva 2005: 43, 156).

Eine durchschlagende Bedeutung gewinnt dies erst, wenn die sozialwirtschaftlichen Dienste wirtschaftsgeschichtlich eine hinlängliche Ausdehnung als komplementäre Wirtschaftsabteilung und eine vergleichbare „organische Zusammensetzung“ aufweisen, also wie die Industrie hoch gerüstet mit „konstantem Kapital“ sind: Genau das ist der sozioökonomische Befund für das Stadium der

Automatisierung, schließlich Digitalisierung und den Sozialkapitalismus, in dem der Staat, ersichtlich an der „Staatsquote“ (Müller 2001), als zentrale politisch-ökonomische Vermittlungsinstanz wirkt.

Jetzt muss das „konstante Kapital“, das auf Seiten der sozialwirtschaftlichen Dienste fungiert, *realwirtschaftlich* in der anderen Abteilung produziert werden. Der nötige Transfer von da zur *umfassenden*, erheblich investiven Ausstattung des „Öffentlichen“ kann aber nur durch eine entsprechende Besteuerung zustande kommen. Ohne dieses zwingt das bestehende halbherzige, primär einkommensorientierte und chaotische Steuersystem das Gemeinwesen zu sozialer Austerität und in immer weitergehende Verschuldung, wenn es seine genuinen Aufgaben halbwegs erfüllen will.

Um den Steuer-, Rechts- und Sozialstaat aus der Verschuldungsfalle, aus den Zwingfesseln der Kapitalwirtschaft zu befreien und die Emanzipation der öffentlichen, sozial-infrastrukturellen Dienste, das heißt eine durchschlagende „Politik des Sozialen“ zu ermöglichen, ist daher die Einführung einer Kapital(transfer)steuer unabdingbar. Dem gegenüber bleibt alle „Umverteilung“ kapitalwirtschaftlicher Erträge und Vermögen noch weitgehend auf dem Boden des Bestehenden oder ist so ohnehin illusionär.

2.3 Die Kapital(transfer)steuer im gesellschaftlichen Wertehaushalt

In bisherigen Debatten ist die Frage einer Mitbesteuerung des Kapitals als Maschinensteuer (Wagner 1984), Investitionssteuer, Wertschöpfungsabgabe (Ortner 2015) oder auch Robotersteuer angesprochen und heftig abgewehrt worden: Den ahnungsvollen Ansätzen fehlte eine stichhaltige Erklärung. Hier hilft weiter, das Augenmerk einmal nicht auf die *Folgekosten* und *Folgewirkungen* der herrschenden Wirtschaftsweise zu richten, sondern auf deren gesellschaftliche *Vorauskosten* und *Vorausbedingungen*:

Die sozialwirtschaftlichen Dienste produzieren die „allgemeinen, gemeinsamen, gesellschaftlichen“ (MEW 25: 274, 456 f.) Reproduktionsbedingungen, die Grundlagen oder das zivilisatorische Gehäuse der Gesellschaft. Sie stellen definitiv eine ökonomische *Vorleistung* für die Kapitalwirtschaft dar. Diese kann normalerweise nicht unmittelbar vergütet werden, wie bei Kanalgebühren oder einer Autobahnmaut. Die Kapital(transfer)steuer setzt daher im Grunde nur eine gesellschaftliche Vorleistung seitens der Sozialwirtschaft in Rechnung, um deren Ausrüstung zu garantieren.

Die in den gegenwärtigen, verklausulierten Verhältnissen angelegte, eminent sozial- und wertproduktive Funktion der sozialwirtschaftlichen Dienste wird

überspielt und negiert, indem sie in der kapitalwirtschaftlichen Praxisperspektive als Sozialkostenballast rangieren. Die Kapitaltransfersteuer bewirkt dagegen eine überfällige, praktische *Inwertsetzung* der sozialwirtschaftlichen Dienste und stellt damit eine ganz anders gestimmte und regulierbare, endlich wertökonomisch und haushälterisch durchsichtige volkswirtschaftliche Konfiguration her.⁵

Die dagegen aufgebotenen Argumente und dumpfe Ablehnung halten keiner Prüfung stand. Den Kapitalwirten wird durch das neue Steuerkonzept nicht die Lust an der Investition vergehen: Zunächst, weil sie von sich aus immer dazu gezwungen sind, und sodann, weil die Kapital(transfer)steuer als zahlungskräftige Nachfrage zu ihnen zurückkommt. Das Ganze impliziert in dieser Hinsicht eine Umwertung oder Umpreisung und mündet vor allem in eine höchst wünschenswerte Stärkung des inländisch konfigurierten Wirtschaftspotentials.

Solange der Staat allerdings die Reproduktion des konstanten Kapitals der Industriewirtschaft ungeschoren lässt, befestigt und verstärkt dieses Potential deren Übermacht: Der gegenwärtige, politisch gedeckte massenhafte Sozialbetrug und Umweltskandal der Automobilindustrie ist exemplarisch. Schließlich wandern die entsprechenden relativen Überproduktionen der Industrie in Exportüberschüsse und Auslandsinvestitionen, wenn nicht in die Okkupation des Öffentlichen.

Warum die ökonomischen Potentiale also nicht in die sozialwirtschaftlichen Dienste umlenken? Die Kapitalsteuer rührt dabei in der Tat an einen „Knotenpunkt der Systemverhältnisse“ (Müller 2018b). Sie ist insofern etwas völlig anderes als eine „Umverteilung“. Das Postulat wird daher, wie bei jedem entsprechenden Streit seit 1867, entschiedene Gegner auf Seiten der akkommodierten Wissenschaften auf den Plan rufen. Jedoch scheint ebendieser Eingriff geeignet, die gesellschaftlichen und politischen Möglichkeiten beträchtlich zu erweitern.

3. Zur Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation

3.1 Entschuldung des Staats und contra Privatisierung des Öffentlichen

Einer der ersten Programmpunkte einer konsequenten „Politik des Sozialen“ oder gesellschaftlicher Emanzipation wäre die Forderung beziehungsweise Einführung einer Kapital(transfer)steuer und deren volkswirtschaftlich proportionale und

5 Die erheblichen systemischen Konsequenzen sind im „Konzept PRAXIS“ unter der Überschrift „Transformationsanalyse und Kernstruktur der Alternative“ ausgeführt (Müller 2015: 477-498). Es gilt: „Sobald das Leben eine gegebene Entwicklungsperiode überlebt hat, aus einem gegebenen Stadium in ein andres übertritt, beginnt es auch durch andre Gesetze gelenkt zu werden.“ (MEW 23: 26).

soziale Neujustierung zusammen mit den Einkommensteuern: Man könnte es eine regelrechte „Fiskalrevolution“ nennen (vgl. Goldscheid 1976: 280; Piketty 2014: 662).

Es wäre ein längst überfälliger Grundschrift zur Wiedererlangung der fiskalischen Handlungsfähigkeit und Ermächtigung des Sozialstaates: Wie gezeigt, liegt in der grundsätzlichen Fehlstellung des heutigen, einkommensorientierten Steuersystems ein wesentlicher Grund für die chronische Staatsverschuldung und die im „Weiter so“ niemals behebbaren Mangelzustände des Öffentlichen.

Es ist dabei notwendig, über den Horizont der liberalistischen wie keynesianischen, das heißt im Prinzip kapitalökonomischen Kategorien und Konzepte hinauszugehen. So kann endlich eine tragfähige Antwort auf die Frage gefunden werden, was die „aufgelaufenen Investitionsrückstände von ca. 120 Milliarden“, die „Ursache des skandalösen Verfalls unserer Infrastruktur“ (Flassbeck 2018: 361) bedeuten und wie grundsätzlich Abhilfe geschaffen werden kann.

Der Keynesianer meint dazu: „Mit einer wachsenden Volkswirtschaft gehen daher in der Regel eben auch steigende Staatschulden einher. Problematisch ist daran per se absolut nichts.“ (Flassbeck 2018: 267). Das ist allerdings naiv und nimmt nur die Antwort vorweg, wie denn die dann angeforderten öffentlichen Investitionen und die „Daseinsvorsorge“ von Staats wegen gewährleistet werden sollen: Gewiss durch mehr Schulden, indem „alle Schuldenbremsen“ sofort gelöst werden (Flassbeck 2018: 267, 354, 360).⁶

Auf diese Weise möchte man den Kapitalismus in seinem prekären, „finalisierenden Aggregatzustand“ (Müller 1015: 450 ff.) wieder in eine sozialstaatlich moderierte Form bringen und so vor dem neoliberalen Furor retten. Weiterweisend ist dabei die Idee von einer „Renaissance des Staates“. Aber diese dürfte – ohne eine einschneidende Steuer- und Finanzreform, die gegen die Staatsverschuldung und so auch gegen die Übermacht und die Spekulationen der internationalen Finanzwelt angeht – auf eine noch verschärfte „Krise des Steuerstaats“ (Schumpeter 1976) hinauslaufen.

Ein zentrales Element dieser Krise ist heute die Privatisierung des Öffentlichen bzw. der sozialwirtschaftlichen Dienste: Deren adäquate Grundverfassung ist, abgesehen von praktisch möglichen und im konkreten Fall auch nützlichen Mischformen, grundsätzlich nicht privat- oder kapitalwirtschaftlich, sondern

6 „Als Spätfolge der Finanzkrise sind die privaten und staatlichen Schulden in der Welt so hoch wie noch nie in der Geschichte“ und die steigenden Zinsen beschleunigen einen bevorstehenden „ökonomischen Wetterumschwung“ (SZ/Wirtschaft am 8. Oktober 2018).

gemeinnützig und gemeinwirtschaftlich. Sie gehören unter sozialstaatliche, insofern auch kommunale Oberaufsicht und gegebenenfalls rekommunalisiert: Es geht bei ihnen prinzipiell „ums Ganze“ und nicht um marktgängige Leistungen.

Ein kapitalökonomischer Betrieb ist hier in menschlicher und volkswirtschaftlicher Hinsicht buchstäblich abartig. So rücken auch die „Defizite und begrenzten Vorteile“ öffentlich-privater Partnerschaften⁷ immer mehr in den Fokus der Kritik: Die vom gegängelten und kurzgehaltenen Sozialstaat nicht leistbaren Dienste werden gerne übernommen. Die „Effizienz“ des Betriebs misst sich dann jedoch an den Erfolgskriterien der Rationalisierung und Akkumulation, des Wachstums und der Expansion, was dem Sinn und Zweck dieser sozialen Praxen grundsätzlich widerspricht.

Der gegenwärtige Parteivorsitzende der britischen Labour Party fand dafür treffende Worte: „Privatisierung und Outsourcing haben sich zu einer nationalen Katastrophe ausgewachsen“, und es kommt darauf an „dieser Gaunerei ein Ende zu bereiten.“ In der Tat braucht es einen „radikalen Plan“ gegen die „Schockdoktrin der freien Marktwirtschaft“ und „verheerende Einschnitte“, um die „öffentlichen Dienstleistungen wieder auszubauen“ und die Wirtschaft und Gesellschaft „für das 21. Jahrhundert um(zu)bauen und um(zu)gestalten“. (Corbyn 2018).⁸

3.2 Das Sozialwirtschaftliche im Kontext gesellschaftlicher Praxis

Entscheidend ist, dass es sich bei den sozialwirtschaftlichen Diensten im strikten Sinne um eine eigene ökonomische Formbildung und darüber hinaus um eine Hauptabteilung der gesellschaftlichen Arbeit und Reproduktion handelt.⁹ Diese „Form“ bildet die Einheit einer ansonsten nicht enden wollenden Varietät von wirklichen oder möglichen „öffentlichen“ Aufgaben. Die betreffenden Regulierungen, Interventionen, Subventionen, Institutionen und Betriebe betreffen alle Bereiche der gesellschaftlichen Arbeit und Praxis.

Eine ausführlicheres Tableau erscheint mir an dieser Stelle notwendig, um einmal das Bild, das man sich von „der Wirtschaft“ macht, aus dem ideologischen

7 Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs Nr. 09/2018. Unter <https://www.ecca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=45153>. Aufruf am 09.10.2018.

8 Ein entsprechendes, unmittelbar nach dem Krieg vorgelegtes, konsequentes Programm skizziert Stéphane Hessel in seiner Streitschrift „Empört Euch“ (Hessel 2011: 8).

9 Persönliche Dienstleistungen wie auch die hauswirtschaftliche Reproduktion im Kontext der familialen Praxis bilden im Verhältnis zu den sozialwirtschaftlichen Diensten eigene Kategorien.

Zerrspiegel herauszunehmen, gehörig zurechtzurücken und schließlich Felder und Einsatzstellen einer Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation deutlicher zu benennen:

Es geht um Familienarbeit, Erziehung und Jugendpflege sowie Genderfragen; Schulwesen, berufliche Aus- und Fortbildung, Erwachsenenbildung; Studium und Hochschulen; Wissenschaft und Forschung; Wehrwesen und Zivildienst; Gemeinschafts- und Freiwilligendienste aller Art; staatliche Regie, Verwaltung und Finanzwesen, gesellschaftliche Körperschaften auf allen Ebenen; Rechtspflege und Gerichtswesen.

Dazu kommen Gestaltungsaufgaben aller wirtschaftlichen Bereiche, insbesondere des Geld-, Bank- und Finanzwesens, Wirtschafts- und Landwirtschaftsförderung sowie Gewerbe- und Wirtschaftskontrolle, Unternehmungen und Wirtschaftsbereiche mit gesellschaftlichem Auftrag, Außenwirtschaft; Arbeitsverwaltung, Arbeitsförderung und berufliche Rehabilitation; Sozialversicherung aller Zweige und deren soziale Dienste, Versorgungswesen.

Auf lokaler Ebene geht es um kommunale Verwaltung und lokale Demokratie, öffentliche Sicherheit und Ordnung, kommunale Betriebe und Zweckverbände; Verbraucherdienste, Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung und Umweltschutz; Mieterhilfen, Wohnungsbau und Stadterneuerung; Tierschutz, Natur- und Landschaftspflege; Mobilität und öffentlicher Verkehr, Straßenbau; Bildungsförderung, Medien, Kommunikationsinfrastruktur; Sportwesen und öffentliche Freizeit- und Erholungseinrichtungen; Kulturpflege in gesellschaftlicher Verantwortung für alle Sparten und Gruppen, Integrationsaufgaben; Umwelt- und Naturschutz.

Unabdingbar sind schließlich gesellschaftliche Notdienste; allgemeine Wohlfahrtspflege und spezielle sozialpflegerische Aufgaben von sozialen Hilfestellungen über Integrationsaufgaben bis zur Resozialisierung; allgemeine Gesundheitsversorgung, Krankenhauswesen, Psychosoziale Dienste; Rehabilitation behinderter Menschen, Selbsthilfeförderung; Seniorenförderung und -hilfen bis hin zu Wohnungen und Pflegeeinrichtungen; Ordnungs- und Integrationsaufgaben bezüglich Nationalitäten, Flüchtlingen und Minderheiten; alle möglichen internationalen Aufgaben und Hilfen.¹⁰

10 Dieses praxiswissenschaftlich reflektierte, umgreifende und geordnete Tableau geht zurück auf den von mir 1986–2010 für die Stadt Nürnberg verfassten „Stadtwegweiser“, in letzter Druckauflage 2010 (886 S.). Dessen Gesamtsystematik siehe unter http://www.praxisphilosophie.de/sozial_atlas.pdf.

Die genannten Aspekte verweisen zusammen mit der nötigen finanzpolitischen Neuordnung des sozial-ökonomischen Wertehaushalts nicht nur sehr konkret auf die „gesellschaftliche(n) Bedingtheit des öffentlichen Haushalts und seine die Gesellschaftsentwicklung bedingenden Funktion“ (Goldscheid 1976: 254 f.), sondern auch auf das Element sozialen Schwachsinn in der neoliberalen Doktrin und Denkschranken im Keynesianismus.

3.3 Sozial-politische Ansatzpunkte und Grundorientierung

Die Probleme der sozial- und rechtsstaatlichen Institutionen und darauf verwiesenen sozialwirtschaftlichen Praxen machen sich auf allen Gebieten bemerkbar, ganz besonders auf der kommunalen Ebene und im Alltagsleben. Doch konzentriert sich die persönliche oder mediale Aufmerksamkeit meist auf einzelne, akute Aspekte, so dass der innere Zusammenhang und die ökonomisch-politischen Wurzeln nicht in den Blick kommen.

Immerhin sollte durch den Blick auf die fundamentale Steuerproblematik, den Sozialstaat im latenzhaltigen Sozialkapitalismus und die Rolle der sozialwirtschaftlichen Dienste eine Grundlage für die weitere Erforschung der Lage und für die Diskussion über Handlungsansätze geschaffen sein. Wie das vorstehende Tableau dazu anregen kann, mögen einige Schlaglichter verdeutlichen:

Es geht um ein Ausfeilen der kapitalwirtschaftlichen Vereinnahmung sozialstaatlicher Institutionen und Leistungen, um einen wissensbasierten, wirkmächtigen Rechts- und Sozialstaat an der Spitze, mit gesellschaftlich geteilter Verantwortung und einer demokratischen Infrastruktur; um weitgehende Regulierungen des Geld- und Finanzwesens, eine Kapitalsteuer und soziale Neujustierung des Steuersystems, die Sicherstellung der Steuererhebung und der Betriebsprüfungen; um die Entwicklung partizipativer und gesellschaftlich verantwortlicher Formen von Eigentum und Gemeinwirtschaft; um gemeinwohlorientierte Marktordnungen, um die Beendigung der Vorzugsstellung kapitalintensiver Betriebe auch durch die direkte Besteuerung des Kapitals, einen Schlussstrich unter die Massentierhaltung und andere agrarindustrielle Perversionen; um eine allgemeine sozialwirtschaftliche Basierung der Rente und des Gesundheitswesens; um eine wesentliche Stärkung der rechtlichen und finanzpolitischen Rolle der kommunalen Selbstverwaltung; um entschiedene lebensmittel- und produktpolitische Interventionen; um eine Bodenreform und eine massive Ausweitung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, um den flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs wie des nationalen Bahnnetzes mit niedrigen Nutzungsbeiträgen; um die Beendigung der mangelhaften Personalausstattung und

im Verhältnis zur Industriegesellschaft chronisch disparitätischen Einkommen in Bereichen wie Kindeswohl, Erziehung, Schule, Bildung, Gesundheit, Sozialarbeit, nicht zuletzt Seniorendienste und Pflege; um den Ausbau von informatischen, medialen und kommunikativen Institutionen, besonders von Social Media in öffentlicher Verantwortung; um eine Freisetzung gesellschaftlichen Wissens im Sinne von Open Access und ein Ende korrumpierender Fremdfinanzierung der Wissenschaft und Forschung; um Beiträge in der Form sozialwirtschaftlicher Dienste zur allseitigen Organisation des Schutzes natürlicher Lebensgrundlagen und nötigen ökologischen Wende; schließlich überhaupt um die Behauptung der demokratischen nationalen Souveränität des Gemeinwesens im gemeinsamen Entwicklungsraum Europa und in der Welt.

Das alles bleibt genauer zu erforschen, und mit einiger sozialen Phantasie kann entwickelt werden, was für Möglichkeiten sich auf der Grundlage der fiskalischen Ermächtigung des Steuer-, Rechts- und Sozialstaats, ganz besonders für entsprechend berechtigte und ausgestattete Kommunen und die Bürger auf ihrem lokalen sozialen Experimentierfeld ergeben.

Dabei sind natürlich sind alle Interventionen und Initiativen in der Perspektive individueller und gesellschaftlicher Emanzipation auch gebunden nach Maßgabe des Produktivkraftniveaus und der Kräfteverhältnisse der je gegebenen Gesellschaft. Das gesellschaftlich Mögliche und Sinnvolle muss jeweils eruiert werden, wie die Diskussionen über „Grundeinkommen und soziale Gerechtigkeit“ zeigen (Butterwegge 2007).

3.4 Zur selbstbezüglichen Konstitution moderner Wirtschaftsgesellschaften

Eine weitreichende Schlussfolgerung ergibt sich schließlich daraus, dass die sozialwirtschaftlichen Dienste keinen potentiell internationalen Warenmarkt bedienen, sondern die Grundlagen oder das Gehäuse des stets sozialräumlich situierten Gemeinwesens erzeugen: Daraus folgt, dass moderne Gesellschaften als wesentlich selbstbezügliche, nationalökonomische Reproduktionsformierungen konstituiert sind, wie immer sie als solche in größeren Wirtschaftsräumen oder mit der Weltökonomie verflochten sein mögen. Das Prinzip der nationalen Souveränität und der demokratischen Selbstbestimmung des Souveräns (vgl. Wahl 2017) hat daher nicht nur juristische und ideelle Grundlagen, sondern ist auch sozioökonomisch fundiert.

Die auf ihre Art internationalistische, kosmopolitische Tendenz der global ausreifenden Kapital- und Finanzwirtschaft widerspricht diesem Kern gesellschaftlicher Existenz oder droht ihn gar zu zersetzen. Von den Gipfeln ihrer

technologisch-informatischen Wunderwerke und im Höhenrausch des Konsums gerät außer Sicht, wie talwärts „die Erde und der Arbeiter“ (MEW 23: 528 ff.) und nach und nach die Zukunft ruiniert werden. In dieser Grundsituation müssen die liberalistischen Doktrinen und Praktiken sogenannter freier Märkte zurückgewiesen werden, und eine souveräne finanz- und außenwirtschaftlichen Regulierung ist unabdingbar.

Das geschichtlich Mögliche liegt im Horizont einer relativen Konsolidierung der Wirtschaftsgesellschaft im kapitalistischen Weltsystem, dies auf dem Weg einer Geburtshilfe und Ausfaltung der darin noch mehr oder weniger latent angelegten Alternative. Damit ist einer Politik des Sozialen und der gesellschaftlichen Emanzipation der nächstliegende Bezugsrahmen und die hinreichend konkrete, vertrauenswürdige Grundorientierung gegeben.

Schlussbemerkungen

Die Untersuchungen über das Steuersystem, den Sozialstaat im Sozialkapitalismus, die Rolle des Öffentlichen und die Überlegungen zur inneren Dialektik und Zukunft der Gesellschaft zeigen, dass traditionelle fachliche Trennungen obsolet sind und es eines integralen praxiswissenschaftlichen Paradigmas bedarf (Müller 2018a). Auf dem Boden moderner „Übergangsgesellschaften“ sind Trennungen zwischen Staatswissenschaft, politischer Ökonomie und Soziologie oder auch Sozialpsychologie anachronistisch.

In diesem Zusammenhang muss sich eine Politik des Sozialen und der gesellschaftlichen Emanzipation auf ein neues wirtschaftstheoretisches Paradigma stützen. Das führt definitiv jenseits des werttheoretisch kenntnislosen und kapitalaffinen Liberalismus und eines auf halbem Wege abgelenkten Keynesianismus. Es geht um die Entwicklung des Paradigmas einer positiv orientierten und operativen Sozioökonomie, in der die traditionelle Kritik der politischen Ökonomie aufgehoben ist.

Das derart nötige Bündnis zwischen Wissenschaft und Politik und das skizzierte Tableau der Handlungsansätze zeigen beispielhaft, dass diejenigen Kräfte aus *allen* Feldern und Dimensionen der gesellschaftlichen Praxis zusammenfinden müssen, die sich positiv auf eine real anhängige Alternative beziehen können. Dabei werden Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit überlagert durch den Widerspruch zwischen der alten und der darin bereits andrängenden, möglichen, höheren gesellschaftlichen Praxisformierung. Die entscheidenden Kräfte können aber nicht zusammengehen und konsequent handeln, wenn jene nicht halbwegs konkret fassbar ist.

Literatur

- Bloch, Ernst 1977: Das Prinzip Hoffnung. Gesamtausgabe Bd. 5. Frankfurt a.M.
 – 1978: Über ungelöste Aufgaben der sozialistischen Theorie. In: Tendenz – Latenz – Utopie. Ergänzungsband zur Gesamtausgabe, 194-209. Frankfurt a.M.
- Butterwegge, Christoph 2007: Grundeinkommen und soziale Gerechtigkeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Ausgabe 51-52, 2007. <http://www.bpb.de/apuz/30034/grundeinkommen-und-soziale-gerechtigkeit?p>. Abruf: 14.10.2018
- Flassbeck, Heiner/Steinhardt, Paul 2018: Gescheiterte Globalisierung. Ungleichheit, Geld und die Renaissance des Staates. Berlin
- Fiehler, Fritz 2000: Genesis der nachklassischen Geld- und Einkommenstheorie. Das Smith'sche Dogma. In: Marx' Ökonomiekritik im Kapital. Hamburg, 197-211
- Goldscheid, Rudolf 1976: Staat, öffentlicher Haushalt und Gesellschaft. In: Hickel, Rudolf (Hrsg.): Die Finanzkrise des Steuerstaats. Frankfurt am Main, 253-316
- Hentschel, Armin/Hopfenmüller, Julian 2017: Der lokale Staat. Vier Perioden der Soziogenese deutscher Städte. Marburg
- Hessel, Stephane 2011: Empört Euch. Berlin
- Hirsch, Joachim/Brüchert, Oliver/Krampe, Maria u.a. 2013: Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur. Hrsg. von der AG links-netz, Hamburg
- Krüger, Stephan 2012: Keynes & Marx. Hamburg
- Marx, Karl: Das Kapital. Erster Band. MEW Bd. 23. Berlin (DDR)
 – 1983: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW Bd. 42. Berlin
- Marx, Karl; Engels, Friedrich: Das Kapital. Dritter Band. MEW Bd. 25. Berlin (DDR)
- Mattered, Jana u.a. 2017: Gemeinwohl als Zukunftsaufgabe: Öffentliche Infrastrukturen zwischen Daseinsvorsorge und Finanzmärkten. Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung. (<https://www.boell.de/de/2017/06/22/gemeinwohl-zukunftsaufgabe-oeffentliche-infrastrukturen-daseinsvorsorge-finanzmaerkte>) Abruf: 24.02.2018
- Müller, Eva 2005: Marx'sche Reproduktionstheorie. Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Hamburg
- Müller, Horst 2001: Die Staatsquote und Transformationstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft, in: UTOPIE kreativ Nr. 132, Oktober 2001, 909-924, unter: <http://www.rosalux.de/publication/16154/die-staatsquote-und-transformationstendenzen-in-wirtschaft-und-gesellschaft.html>
- 2015: Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert. Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latent existierende Systemalternative. Norderstedt
- 2018a: Zur Fortentwicklung des Marxismus als dialektische Praxiswissenschaft im 21. Jahrhundert. In: Akel, Alexander/Novkovic, Dominik/(Hrsg.): Karl Marx – Philosophie, Pädagogik, Gesellschaftstheorie und Politik. Aktualität und Perspektiven der Marx'schen Theorie. Kassel, 31-62.
- 2018b: Transformationsforschung als dialektische Praxisanalytik. Mit Marx und Bloch zur konkreten Systemalternative. In: Ernst-Bloch-Assoziation (Hg.): Der Zukunft auf der Spur – Transformation aus der Perspektive Ernst Blochs. Nürnberg

- O'Connor, James 1974: Die Finanzkrise des Staates. Frankfurt a.M.
- Ortner, Georg 2015: Wertschöpfungsabgabe: Eine Alternative zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Unter <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/wertschoepfungsabgabe/>. Abruf am 10.10.2018
- Piketty, Thomas 2014: Das Kapital im 21. Jahrhundert. München
- Polanyi, Karl 1997: The Great Transformation. Frankfurt a.M.
- Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich 2018: Das dialektische Verhältnis des Menschen zur Natur. Freiburg/München
- Schumpeter, Joseph 1976: Die Krise des Steuerstaats. In: Hickel, Rudolf (Hrsg.): Die Finanzkrise des Steuerstaats. Frankfurt a.M., 329-379
- Streeck, Wolfgang 2013: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin
- Van Laak, Dirk 2018: Alles im Fluss. Die Lebensadern unserer Gesellschaft – Geschichte und Zukunft der Infrastruktur. Frankfurt a.M.
- Wagner, Adolf 1984: Volkswirtschaftliche Aspekte einer Maschinensteuer. In: Marburger Arbeitskreis für Sozialrecht und Sozialpolitik (Hrsg.): Maschinensteuer – Ausweg aus der Finanzkrise der Sozialversicherung? Köln, 89-129
- Wahl, Peter 2017: Die Linke, der Nationalstaat und der Internationalismus. Theorieblog von attac Deutschland, am 10. Februar 2017. (<http://theorieblog.attac.de/2017/02/die-linke-der-nationalstaat-und-der-internationalismus>). Abruf: 24.02.2018
- Wallerstein, Immanuel 2002: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Wien

*Horst Müller, Initiative für Praxisphilosophie und konkrete Wissenschaft,
Meuschelstr. 30, 90408 Nürnberg
E-Mail: dr.borst.mueller@t-online.de
Webseite: <https://www.praxisphilosophie.de>*

ZEITUNG FÜR
SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &
GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

Problelesen?!
Kostentrees
Exemplar per mail oder
Telefon bestellen

Ausgabe 11/18 u.a.:

- Torsten Bewernitz: »Wenn Frauen streiken...« – Dienstleistungsleistung, Prekarisierung, Feminisierung
- Holger Balodis, Dagmar Hühne: »So geht Rente – ein Masterplan«
- Klaus Weber: »Lernen statt Bildung« – Radikalität statt Anpassung
- Griechenlandkomitee Köln: »Weiterhin Putz« – Zwangsversteigerungstermin bei Vio.me erneut gescheitert
- Birgit Daiber: »Trotz aller Schwächen« – Ein Gespräch mit Luciana Castellina und Filippo Rignolu über die italienische Linke
- Netzwerk Gerechter Welthandel: »JEFTA-Abkommen nicht ratifizieren« – Offener Brief an die deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments



Foto: Stephan Guerra

**Schwerpunkt Nr. 433, November:
Unteilbar gegen Rassismus**

**„Die Anarcho-Postille kämpft seit 1972 für die
Abschaffung UNSERES Staates.“ (BILD, 18.9.2018)
Jetzt bestellen: graswurzeln.net**